

Buchbesprechung

Richterbriefe, Dokumente zur Beeinflussung der deutschen Rechtsprechung 1942–1944, herausgegeben von Heinz Boberach mit Beiträgen von Robert M. W. Kempner und Theo Rasehorn. Harald Boldt-Verlag, Boppard a. Rhein, 1975 (Schriften des Bundesarchivs; 21), 515 Seiten, Leinen, DM 38

Die Edition der »Richterbriefe«, die der Reichsminister der Justiz in den Jahren 1942 bis 1944 zwecks Lenkung richterlicher Entscheidungsfindung im Sinne der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft als »vertraulich« unter Hinweis auf die Geheimhaltungspflicht versandte, ist ein überaus verdienstvolles Werk. Freilich handelt es sich um eine ungemein bedrückende, ja z. T. entsetzliche Lektüre.

Der Leser mit Herz und Vorstellungskraft muß sich einmal darüber entsetzen, wie leicht hin und brutal wegen Bagatellen, die heute zur Verfahreneinstellung oder Geldstrafe führen würden, Menschenleben vernichtet wurden. Dafür einige willkürlich herausgegriffene Beispiele aus den Briefen, die jeweils Gerichtsurteile aus verschiedenen Rechtsgebieten, größtenteils aus dem Strafrecht, und die anschließende Kritik oder auch Belobigung durch den Reichsminister der Justiz enthalten:

1. Ein schwachsinniger Arbeiter bezichtigte wahrheitswidrig seine Schwägerin in Briefen an deren im Felde stehenden Ehemann, sich mit anderen Männern eingelassen zu haben; er rächte sich damit, weil sie sich ihm versagt hatte: Todesstrafe! (S. 12).
2. Ein wegen seniler Demenz vermindert schuldfähiger 82jähriger Rentner nahm nach einem Fliegerangriff eine vom Eigentümer auf die Straße gelegte Pferdeleine an sich, um sich Hosenträger daraus zu machen: Todesstrafe! (S. 95)
3. Ein 17jähriger Pole schlug im Laufe eines

Streites auf seinen (deutschen) Arbeitgeber ein: Todesstrafe! (S. 128).

4. Ein Ungar, leidenschaftlicher Raucher, nahm eine Kiste Brasilzigarren an sich, nachdem er tatkräftig die Habe der Bewohner eines brennenden Hauses geborgen hatte: Todesstrafe! (S. 284).
5. Eltern wurde das Sorgerecht und damit ihr Kind entzogen, weil sie den »Deutschen Gruß« und die Anmeldung des Kindes zur »Hitlerjugend« verweigerten, zudem noch nicht einmal eine Hakenkreuzfahne besaßen (S. 48 ff.).
6. Die Einwohner Berlins erhielten 1940 besonders Bohnenkaffee. Auch Juden meldeten sich dafür an, weil sie in der amtlichen Begründung nicht ausgeschlossen waren. Das Ernährungsamt verhängte gegen sie deswegen Ordnungsstrafen. Der um Entscheidung angegangene Richter stellte, nachdem er das Ernährungsamt vergebens zur Rücknahme der Bescheide aufgefordert hatte, das Verfahren aus allerlei Rechtsgründen, u. a. Verjährung, ein. Er wurde vom Reichsminister der Justiz hart getadelt, weil er nach der Rechtslage, nicht aber nach gesundem Volksempfinden entschieden und vor den »frehen, anmaßenden« Juden eine deutsche Verwaltungsbehörde bloßgestellt habe (S. 16).

Dieses »gesunde Volksempfinden« stand über dem geschriebenen Recht, und über ihm noch der Wille des »Führers«, der vielfach Angeklagte, die ihm zu milde verurteilt schienen, kurzerhand erschießen ließ (S. 426). Mitunter wurden auch Freigesprochene einer »Sonderbehandlung« unterzogen, d. h. zu Tode gemartert (S. XIII). Zu diesem Korrektiv durch die Staatsführung und die Polizei, zu einer brutalen Gesetzgebung und der Organisation von Sondergerichten für politische Strafsachen trat die Leitung und Lenkung durch die Richterbriefe, um aus der

Rechtspflege der »Weimarer Republik« (der die Richter ja überwiegend entstammten) eine pervertierte, barbarische Exekutive des nationalsozialistischen Terrorregimes zu machen. Barbarisch im Wortsinne! Reichsjustizminister Thierack verlangte ausdrücklich auf einer Chefpräsidenten-Konferenz am 29. 9. 1942 von den Richtern und Staatsanwälten, »barbarisch hart« zu sein (S. 452).

Und sie waren es zum größten Teil! Das Zweite, was bei der Lektüre so unendlich bedrückt, ist die Folgsamkeit der Überzahl der Richter, die, ohne selbst ernsthaft bedroht zu sein, diese Belehrungen annahmen. Sie hatten, geistig weiterhin in der Monarchie beheimatet, die demokratisch-liberale Rechtsentwicklung der Republik nur widerwillig hingenommen. Deutscher Tradition entsprechend fühlten sie sich kraft Herkunft und beruflicher Sozialisation zur Staatsautorität und zu Zucht und Ordnung weit mehr als zu Toleranz und Freiheitlichkeit hingezogen. Zwar weisen die Briefe auch einzelne Beispiele von Unabhängigkeit auf. Die Mehrzahl nahm aber – wie auch die Lageberichte des Sicherheitshauptamtes ausweisen – überwiegend freudig die Lenkung und Leitung durch die Richterbriefe auf, deren Material übrigens von dem heutigen bekannten Rechtsanwalt Dr. Erich Schmidt-Leichner im Reichsjustizministerium gesammelt, gesichtet und zusammengestellt wurde (S. XX). Ja, es kam sogar mehrfach vor, daß Richter ihren Herrn und Meister zu übertreffen suchten. Mitunter tadelte der Minister gar Gerichte, weil Todesurteile zu weit gegangen seien. Auch sah er Anlaß, die Richterschaft zu mahnen: »Solange der Richter irgendwie mit den geltenden Gesetzen auskommt, ist es besser, die Entscheidung auf das Gesetz zu stützen als lediglich auf das gesunde Volksempfinden.«

Hier zeigt sich, wie sehr die Urteilsgründe nur noch dazu dienten, die wahren, terroristischen, Entscheidungsmotive hinter der Scheinlegitimation eines juristischen Schleiers zu verbergen.

Es war beabsichtigt, die Richterbriefe durch regelmäßig erscheinende Rechtsanwaltsbriefe zu ergänzen. Doch ist es nur zu einem – vom 1. 10. 1944 – gekommen. Diese sollten »den Rechtsanwälten . . . die Ziele der Justizführung bekanntgeben und die Linie der Gerichte aufzeigen, um ihnen unnötige Arbeit bei Gegenvorstellungen, Beschwerden oder Rechtsbehelfen sonstiger Art zu ersparen, für

die heute kein Raum mehr ist. Sie wollen andererseits das allgemeine Verhalten und Auftreten der Rechtsanwälte im Beruf untereinander und gegenüber den Richtern und Staatsanwälten so ausrichten, daß eine geschlossene Arbeitskameradschaft aller Rechtswahrer entsteht und künftig Reibungen, Beanstandungen oder Streitigkeiten auf diesem Gebiet nach Möglichkeit unterbleiben, um die ganze Arbeitskraft in den Dienst der eigentlichen Rechtsarbeit zu stellen« (S. 401).

»Der Staat will in Fällen, in denen er Verteidiger zuläßt, keine Staatsanwälte des Gerichtssaales sehen, sondern aufrechte und verantwortungsbewußte Kämpfer des Rechts, die an der Seite des Richters und Staatsanwalts gemeinsam das Recht suchen« (S. 410). »Es ist selbstverständlich, daß eine solche Betrachtungsweise weitgehende Auswirkungen auf die Stellung und Aufgabe des Rechtsanwalts als Strafverteidiger nach sich ziehen muß, auch wenn sich das Strafverfahren äußerlich in seinen Formen nicht wesentlich von dem früheren Strafprozeß unterscheidet. Der Rechtsanwalt ist als Strafverteidiger näher an den Staat und die Gemeinschaft herangerückt. Er ist eingegliedert in die Gemeinschaft der Rechtswahrer und hat seine frühere Stellung als einseitiger Interessenvertreter des Angeklagten verloren« (S. 408).

Auch diese Lehren scheinen leider auf sehr fruchtbaren Boden gefallen und in ihm fest verwurzelt zu sein, so daß sie sich nach Jahrzehnten noch hervorwagen (s. z. B. das Präsidium des Deutschen Richterbundes, Information 2/1976 in DRiZ 2/1976, nach welchem die Gemeinschaftsaufgabe der drei Rechtspflegeorgane »das gemeinsame Ringen um das Recht in deutschen Gerichtssälen« sei).

Das dritte unendlich Bedrückende ist, daß so manche Klischees aus der Zeit der Schreckensherrschaft unbefangen weiter verwendet werden. Nach der Berichterstattung des SD-Hauptamtes ging die Tendenz dahin, daß die »Bevölkerung . . . einen starken Schutzwall gegen das Verbrechen . . . aufgerichtet zu sehen« wünsche und Milde »kein Verständnis« fände (S. XV). Der Richter muß – einem Arzte gleich – »einen Krankheitsherd im Volke ausbrennen . . . können« (S. 1). Er darf »sich nicht sklavisches der Krücken des Gesetzes bedienen« (S. 6). »Der Schutz der Volksgemeinschaft verlangt, daß die Strafe . . . vor allem der Abschreckung diene. Vorbeugen ist

hier stets besser als heilen. Jede zu milde Strafe gegen einen Volksschädling schadet früher oder später der Gemeinschaft und trägt die Gefahr einer seuchenähnlichen Verbreitung und allmählichen Zersetzung der Abwehrfront in sich.« (S. 10). »Fehler in der (Vf: zu milden!) Strafzumessung sind aber in ihren Auswirkungen regelmäßig schwerer als ein Mißgriff bei der Anwendung der verschiedenen Tatbestände des Gesetzes« (S. 12).

Wer will leugnen, daß derartige Gedanken bei uns noch immer viel zu lebendig sind? Wer für eine freiheitlich-humane Rechtsordnung eintritt, sollte dieses Buch lesen, um die Gefahren zu erkennen, die aus einer nicht bewältigten, sondern allenfalls verdrängten schrecklichen Vergangenheit herüberdrohen könnten!

Werner Holtfort